

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 26.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 10. Januar. Der König hat geruht: dem Ober-Steuer-Inspektor, Steuer-Rath Langerhans zu Poln. Lissa, den Königlichen Kronen-Orden 3. Klasse zu verleihen; ferner dem ersten Buchhalter der Legationskasse von Krieger den Charakter als Rechnungs-Rath, sowie dem Geheimen Kanzlei-Sekretär von Normann den Charakter als Kanzlei-Rath beizulegen.

Der König hat geruht: dem Kanzlisten bei dem Provinzial-Schul-collegium zu Breslau, Kanzlei-Sekretär Döring, bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Apotheker Dr. phil. Rudolph Bender zu Koblenz ist zum pharmazeutischen Professor bei dem Medizinal-Kollegium der Rhein-provinz, und der jetzige Kreiswundarzt Dr. Steinmann zu Lippstadt zum Kreisphysikus des Kreises Warendorf ernannt worden.

Vorrest sind: der Amtsrichter Jaedel in Peiskretscham an das Amtsgericht in Trebnitz und der Amtsrichter Dr. Rose in Peitz an das Amtsgericht in Lübben. Der Gerichts-Professor Gerstenberg ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Bärwalde i. P. ernannt. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Landgerichts-Rath Cramer von Clausbruch in Göttingen mit Pension, dem Amtsrichter Maisan in Goslar und dem Amtsrichter Bähler in Pröfels befußt. Übertritt zur allgemeinen Staatsverwaltung. In der Liste der zugelassenen Rechtsanwälte ist eingetragen: der Rechtsanwalt Galster in Herford bei dem Landgericht zu Bielefeld, wohnhaft in Herford.

Vom Landtage.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 10. Januar. 11 Uhr. Am Ministerische Bitter, Friedberg und Kommissarien.

Nachdem einige von den zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachteten Petitionen an die betreffenden Kommissionen zur schriftlichen Berichterstattung zurückgewiesen sind, folgt die Spezialabberatung des Staats des Finanzministeriums. Die Einnahmen werden genehmigt. Beim Kap. 57 Titel 1 (Gehalt des Ministers) erhält das Wort.

Abg. Langerhans: Ich habe hier einen am 5. Dezember an einen mir befremdeten Mann gerichteten Brief, auf dessen Couvert steht: Berliner Handelsgesellschaft Berlin, während auf der Oblate steht: Reichsbankdirektorium. Gleicher Brief ist, nach dem Inhalt zu schließen, wahrscheinlich eine ganze Anzahl fortgeschritten. Es lagen darin zwei Zirkulare, in denen einem die Berliner Handelsgesellschaft sich erbotet, in der Generalversammlung der Potsdamer Bahngesellschaft Aktiönaire, welche für den Verkauf der Bahn an den Staat gegen am 2. Januar 1881 einzutauschende 4-prozentige Konsole und eine baare Zuzahlung von 3 M. per Aktie stimmen wollen, kostenfrei zu vertreten und seinerzeit den Umtausch der vertretenen Aktien gegen Konsole kostentrei zu bewirken; in dem andern Zirkular steht nur, daß die Vertretung auch einfach auf Einreichung der Depotscheine der Reichsbank erfolgen sollte. Jeder von uns wird erstaunen, zu welchen Mitteln das Ministerium geprungen ist, um die Verstaatlichung der Bahnen durchzuführen. Der Eisenbahminister hat damit den Gifftbaum sehr wesentlich genässt zu seiner größeren Wucherung. Die Reichsbank war ihrer Bestimmung nach zu solchem Vorgehen nicht berechtigt, auch wurde ihr Zweck dadurch in jeder Weise beeinträchtigt. Jeder Aktiönaire mußte durch einen solchen Brief empfinden, welch großer Druck auf die Verstaatlichung gelegt wurde, und, da die Reichsbank sich beethilfte, wie schwer es ihm gemacht werden könnte, wenn er nicht auf den Plan einginge. Die Reichsbank förderte hier die Interessen einzelner großer Bankgesellschaften, denn man weiß ja, wie viel diese bei der Verstaatlichung verdienen, und welche anderen Vortheile die Inhaber großer Firmen erzielen, wenn sie sich dem Willen der Machthaber gefügt zeigten. Es gibt ja so viel Mittel, sie zu belohnen. Titel, Orden u. s. w. Eine Reihe christlicher und jüdischer Bankiers ist sogar in den Adelsstand erhoben worden. Endlich liegt darin eine Indiscretion der Bank, wenn sie auch der Handelsgesellschaft nicht die Namen der Deponenten genannt hat, an welche sie die Briefe schickte. Ich weiß aber bestimmt, daß die Berliner Bank derartige Briefe zurückbekommen, zum Theil auch Antwort darauf erhalten, also einen Theil der Namen der Aktiönäre erfahren hat. Die Reichsbank übernimmt die treue und sichere Aufbewahrung der ihr übergebenen Papiere; dem widerspricht es, wenn sie die Namen zu anderen Zwecken verändert. Es liegt hier einerseits eine große Rücksichtlosigkeit, andererseits eine überaus große Gefügsameit vor. Ich finde es darum unrecht, daß unser Finanzminister als Mitglied des Kuratoriums der Reichsbank nicht dafür gesorgt hat, daß dieselbe vor einer solchen Unbill geschützt werde. (Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Ich bedauere, daß der Minister für die öffentlichen Arbeiten nicht hier ist, um dem Vorredner zu antworten. Ich hätte gewünscht, daß er seine Kritik über das Verfahren der Reichsbank erst zu meiner Kenntnis gebracht hätte, damit ich die Thatsachen, auf denen sie basirt, hätte konstatiren können. Ich kann die Reichsbank hier nicht vertreten, da sie Reichsinstitut ist; aber es ist unmöglich, daß die Verwaltung derselben nur im geringsten so gehandelt hat, daß ihre Ehre oder die des Vaterlandes darunter leiden könnte. Nachdem die Verhandlungen mit der Berlin-Potsdamer Gesellschaft gescheitert waren, war der Vorständende der Berliner Handelsgesellschaft bei mir und fragte, welche Schritte die Regierung seitens der Gesellschaft wünsche, um ihr entgegenzukommen und ich antwortete, daß ich ihm keine Antwort geben könne. (Beifall rechts.) Wenn die Handelsgesellschaft solche Operationen macht, so hat sie dazu ein geistiges Recht, aber weder ich noch die Reichsbank haben damit etwas zu thun. Die Regierung hat keinen Druck auf die Aktiönäre ausgeübt; sie hat sie an sich herantreten lassen, und als die Frage, unter welchen Modifikationen weitere Zugeständnisse an die Gesellschaft gemacht werden könnten, zu entscheiden war, hat die Regierung unter sich, d. h. der Handels-, der Eisenbahminister und ich, sich darüber schlüssig gemacht, ohne daß andere Leute hinzugesogen oder um ihre Meinung gefragt worden wären. Da wir nicht Beweise für die vorgetragenen Thatsachen erbracht werden, muß ich jene Kritik, welche die Ehre der Reichsbank und des Vaterlandes als verlest darstellt, zurückweisen.

Präsident v. Köller: Der Abg. Langerhans hat nicht gesagt, daß die Ehre und das Ansehen des Vaterlandes oder der Reichsbank durch die vorgetragenen Manipulationen verletzt seien.

Montag, 12. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschwerte Teile über deren Raum, Ketten, verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 3 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Der Finanzminister: Der Abg. Langerhans hat jedenfalls die Ehre des Vaterlandes mit seiner Kritik über die Reichsbank in Verbindung gebracht.

Abg. Langerhans: Hier ist der Beweis für die Thatsachen, der Brief mit dem Siegel des Reichsbankdirektoriums. Mein Angriff ging nicht gegen die Reichsbank, sondern gegen den Finanzminister, der als Mitglied des Kuratoriums diese Vorgänge geduldet, vielleicht mit verantwortet hat.

Der Finanzminister: Ich höre von diesem Briefe heute zum ersten Male. Sie können nicht verlangen, daß ein Minister auf Fragen sofort antwortet, die noch gar nicht zu seiner Rognition gekommen sind. In den Sitzungen des Kuratoriums, denen ich als Mitglied bewohnte, war von diesen Operationen gar nicht die Rede. Ich muß der Reichsbank als solcher vorbehalten, die Sache richtig zu stellen, eventuell das irgende zu thun.

Abg. Langerhans: Ich freue mich über diese Erklärung und hoffe, daß der Minister bei der dritten Leitung hinreichend instruit sein wird, um eine genügende Auskunft zu geben.

Hier folgt die Verhandlung über die Angelegenheit der „Posener Zeitung“, worüber wir den Bericht bereits telegraphisch vollständig mitgetheilt haben.

Zu Tit. 8 beantragt die Budgetkommission, die Summe zur Remuneration außerordentlicher Mitglieder der Regierungen von 577,500 auf 550,000 Mark zu ermäßigen.

Abg. Rickert bezeichnet diesen beantragten Abstrich als ein Minimum. Man habe nach Einführung der Selbstverwaltung Veränderung der Beamtengehälter versprochen, diese Aussicht werde aber auch nach den neu vorgelegten Organisations-Gesetzen immer geringer.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Zu Tit. 12 (Dispositionsfonds der Ober-Präsidenten 39,000 M.) weist Abg. Lieber den Angriff Richters gegen den Landrat des Unter-Taunuskreises Urban als unbegründet zurück. Derselbe habe konsequenter und läblicher Weise alle Parteien gleichmäßig von der Benutzung des amtlichen Kreisblattes ausgeschlossen. Das aber die Amtsblätter sich mit keinerlei Parteidokument besaffen sollten, sei eine alte Forderung.

Abg. Rickert entgegnet, daß er seine Angaben der „Germania“ entnommen habe. Es handle sich hier nicht um eine Parteidokument, sondern um die prinzipielle Frage, ob der Landrat das Recht habe, eine einfache Ankündigung im Innerentheil des Amtsblattes zu verbieten.

Abg. Lieber weist darauf hin, daß in seiner Heimat die Gewohnheit herrliche polemische Artikel als Inserate zu veröffentlichen. In dieser Hinsicht sei das Verfahren des Landrathes konsequent und korrekt, worauf Rickert bemerkt, daß es nur hier nicht um eine polemische Inserat, sondern um die einfache Annnonce einer Wahlversammlung geht. Die Beschwerde über dieses Verfahren sei aus dem Kreise selbst hervorgegangen.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Kapitel 60 Titel 1 (Zuschuß zur allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt in Berlin 1.746,480 M.) beklagt v. Minnigerode die Härten, welche nach den jetzigen Bestimmungen diejenigen Beamtenwittwen treffen, deren Männer vor Ablauf des dritten Jahres nach dem Eintritt in die Kasse sterben, er sieht aber in Rücksicht auf die Finanzlage und die demnächstige Regelung der Materie im Reich von der Stellung eines Antrages ab.

Abg. Windthorst wünscht die schon vom früheren Finanzminister Camphausen veriprochene Ermittelung, ob nach den bedeutenden Überschüssen der in Riede stehenden Anstalt die Bezüge der Interessenten vermehrt werden können, fortgesetzt zu sehen. Der Finanzminister sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Die Position wird bewilligt.

Bei Kap. 63 Tit. 4 (Hauptextraordinarium für unvorhergesehene Ausgaben 1.200,000 M.) beantragt die Budgetkommission eine Stretchung von 200,000 M., weil, wie der Referent Stengel ausführt, die geforderte Summe in den letzten Jahren bei weitem nicht verbraucht sei.

Abg. Wedell-Malchow sieht keinen Grund, wegen einer nur nominellen Ersparnis diese historisch festgesetzte Summe zu vermindern. Daß dieser Fonds in den letzten Jahren bei weitem nicht verbraucht worden ist, das ist ein günstiges Zeugnis für die Finanzverwaltung. In diesem Jahre ist er aber für Oberchlesiens vollständig verbraucht worden. Durch Abstriche an dieser Stelle wird man nur die Staatsüberschreitungen und die außerordentlichen Ausgaben vermehren.

Abg. Rickert erkennt dieser Position keinerlei politische Bedeutung zu. Die Budgetkommission sei nur der Aufforderung des Plenums nachgekommen, möglichst sparsam zu sein. Würde die Regierung durch Thatsachen beweisen, daß sie im Gegensatz zu den Vorjahren in den nächsten Jahren diesen Fonds aufzubrauchen werde, dann könne man auch noch die 200,000 M. bewilligen. Dieser Beweis sei aber nicht erbracht. Reiche er nicht aus, dann werde der Finanzminister nach pflichtgemäßem Ermessens eine außerordentliche Ausgabe machen müssen. Wir wollten auch durch den Abstrich den Minister auffordern, genüge auf diesem Fonds jährlich lastende Ausgaben, wie die Repräsentationskosten der Oberpräsidenten bei den Provinziallandtagen, zu etablieren.

Finanzminister Bitter: Dieser Fonds ist zu Ausgaben, die durch unvorhergesehene elementare Ereignisse verursacht werden, hauptsächlich bestimmt. Im Gegensatz zu den Vorjahren hätten wir in diesem Jahre ohne diesen Fonds in seiner jetzigen Größe den bereits seit vier bis fünf Monaten andauernden Notstand in Oberschlesien nicht in der Weise, wie es erforderlich war und geschehen ist, bekämpfen können. Ich halte es nicht für münschenswert und zuträglich, die Finanzverwaltung von vornherein auf Staatsüberschreitungen anzuweisen, die allerdings nach Annahme des Kommissionsantrages nicht zu vermeiden sein werden. Denn nach amtlichen Meldungen sind auch Notstände im nächsten Jahre in den Provinzen Westfalen und Rheinland, Hannover und Sachsen zu befürchten.

Abg. Brixon bemerkt, daß nicht alle durch elementare Ereignisse verursachten Ausgaben aus diesem Fonds bestreitet werden. Die Kosten zur Bekämpfung des Koloradofäfers hätten vielmehr zu einer Staatsüberschreitung im Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums geführt.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen und damit in der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Es folgt der Justizrat. Bei den Einnahmen spricht der

Justizrat:

Annahme-Bureau.

In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Parke & Co., Haasestein & Vogler, Rudolph Moos.

In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Abg. Köhler den Wunsch aus, daß bei allen Gerichten den Gerichtsschreibern Vorschüsse zur Auszahlung der Zeugengebühren überwiesen werden.

Regierungskommissar Kindt feiert erklärt, daß bereits durch Verfügung vom 22. Februar v. J. die Bezirksregierungen angewiesen seien, solche Vorschüsse überall, wo die Steuerkasse sich nicht in unmittelbarer Nähe des Gerichts oder im Gerichtsgebäude selbst befindet, den Gerichtsschreibern zu überweisen, auch würden diese angewiesen, aus ihren Einnahmen zunächst die Zeugengebühren zu decken.

Die Abg. Windthorst und Köhler finden dies nicht genügend, weil die Amtsstunden in den Steuerkassen nicht konform denen der Gerichte sind. Sie wollen, daß ohne Ausnahme die Gerichtsschreiber zur Herausgabe der Gebühren angewiesen werden. Abg. Köhler rügt ferner, daß den Gerichtsschreibern durch die täglichen Kassenabschlüsse und Ablieferungen zu viel Portoosten erwachsen.

Regierungskommissar Kindt feiert erklärt: Die Regierung wird allen hervortretenden Nebenständen soviel wie möglich abholen; wir befinden uns in den ersten, wenn auch nicht gerade flitterwochen einer Einrichtung, die wir erst probieren müssen.

Zum Titel 1 der Ausgabe (der Minister) beschwert sich der Abg. Majunk darüber, daß der Oberlandesgerichtspräsident in Hamm als Publicationsorgane der Gerichte 9 Zeitungen durch Bekanntmachung bestimmt, von denen nicht eine der Richtung des Zentrums angehört, obwohl einige Blätter des Zentrums in den Kreisen Dortmund, Hamm und Soest einen bei weitem größeren Leserkreis hätten, als jene Blätter.

Reg.-Kommissar Kindt feiert erklärt: Dieser Beschluß des Oberlandesgerichtspräsidenten ist dem Ministerium bisher amtlich nicht bekannt geworden. Die Gerichte sind übrigens in der Wahl ihrer Publicationsorgane selbstständiger als die Verwaltungsbehörden; die Kontrolle der Justizverwaltung ist hier nur sehr beschränkt. Ich muß übrigens voraussehen, daß der Oberlandesgerichtspräsident in Hamm seine Entscheidung aus objektiven Gründen nach dem vorgetragenen That-sachen gefällt hat.

Abg. Reichenberger meint, der Regierungskommissar hätte das Verfahren des Präsidenten für den Fall, daß es den Ausführungen Majunks entspreche, entschieden mißbilligen sollen. Redner beklagt sodann verschiedene durch die neue Justizorganisation herbeigeführte Nebenstände. Ersparnisse seien nicht eingetreten, dazu kämen 27 Millionen für Bauten. In dem Verhältnis der Nichtgehälter herrschten große Anomalien; so habe z. B. der Vorsitzende oft weniger Gehalt wie Mitglieder des Kollegiums. Dem solle die Regierung durch Verschreibungen möglichst abholen. Das Schreibewerk bei den Gerichten habe sich enorm vermehrt; zugleich sei ein Formularwesen eingeführt, das einen verderblichen Schematismus einführe. Desgleichen seien die Kosten so enorm, daß der mittlere Mann, der nicht das Armenrecht kennt, seine Rechte kaum verfolgen könne.

Kommissar Kindt feiert erklärt: Die gerügten Fehler liegen nicht in der Organisation, sondern in der Reichsgesetzgebung. Der Vorredner war früher nicht für Ersparnisse bei Justizbauten, deren Mängelhaftigkeit sonst immer anerkannt wurde (sehr richtig! links). Die angebliche Ungleichheit in den Gehältern derselben Kollegiums ist die vorausgesetzte und geplante Folge des ganz richtigen Grundzuges, daß der Richter ersten Instanz im Gehalte so gestellt sein soll, daß er nicht mit Sehnsucht darauf zu warten hat, bis er einmal in eine höhere Stelle hineinrückt. Die Vermehrung des Schreibewerks liegt an den reichsgesetzlichen Bestimmungen; das Formularwesen aber gerade gereicht hier der Regierung zum größten Verdienst; dadurch ist vielen aus der Unkenntnis des Publikums über die neuen Gesetze für die Nebenstände vorgezeigt. Ob billige Projektkosten ein Segen sind, ist noch eine offene Frage; aber diese Frage ist nur am andern Ende der Leipzigerstraße zu erledigen.

Abg. Windthorst kommt auf die Frage der Inserate zurück und glaubt annehmen zu dürfen, daß die gerügte Verfügung auf einem ministeriellen Erlass beruhe. Klagen über die neue Justiz seien auch in Hannover manigfach vorgekommen, aber darüber sei man schon bei der Berathung der Justizgesetze klar gewesen; im Interesse der Einigkeit müsse man die Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen. Erst müsse man eine Probezeit ablaufen lassen, der Geist der neuen Gesetze müsse erst hervortreten, dann würden sie allzeitigen Beifall finden. Redner spricht den Wunsch aus, daß die Justizverwaltung genau Beobachtungen anstellen möge, ob die Gebühren nicht etwa zu hoch figiert seien. Auch die Frage sei in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Härten, welche besonders die Unterbeamten getroffen hätten, eingeräumt gemildert werden könnten; besonders sollte man den durch die Neuorganisation brodlos werdenden Beamten andere Stellungen verschaffen.

Justizminister Friedberg: Bei der neuen Justizgesetzgebung mußte darauf Bedacht genommen werden, die Gebühren nicht so niedrig zu stellen, daß ein Ausfall der Finanzen entsteht; denn auf eine spätere Erhöhung derselben würde sich der Reichstag wohl nicht einlassen. Schon bei meinem Amtsantritt habe ich angeordnet, die Wirkung der neuen Gebührensätze gegenüber den alten genau zu beobachten. Eigentliche Beschwerden von den Gerichten sind mir noch nicht zugegangen, aber in der Presse sind mehrfache Klagen laut geworden; man bezeichnet die Gebührenordnung als das beste Gesetz, weil es alle Prozeß unmöglich mache. Was die Unterbringung der stellenlos gewordenen Justizbeamten angeht, so ist an alle anderen Stellen die Bitte gerichtet worden, diese Beamten in erster Linie zu berücksichtigen und allzeitig ist man uns entgegengestellt.

Abg. Brixton spricht zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß gerade rheinische und hannoversche Juristen zuerst klagen, während man Deutschland gerade mit rheinischen und hannoverschen Institutionen beglückt habe. (Heiterkeit.) Eine ministerielle Verfügung in Betreff der Annonen sei an die Gerichte nicht erlassen, dieselben hätten selbstständig beschlossen.

Um 5 Uhr verlädt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. (Notstandsgesetz und kleinere Vorlagen.)

Politische Übersicht.

Posen, 12. Januar.

Der berliner Berichterstatter der „Daily News“ telegraphiert: „Gewisse londoner Journals haben die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf eine angebliche Konzentrierung russischer Truppen in Polen gelenkt. Hier ist man allgemein der Ansicht, daß

die desfallsigen Gerüchte in hohem Grade übertrieben sind, und ich habe Grund zu der Annahme, daß seit November keine wichtigen Truppenveränderungen in Polen stattgefunden haben. Ich kann nur die Versicherung abgeben, daß hier keinerlei Besorgnis über den Gegenstand herrscht, während anderseits der Ansicht Ausdruck gegeben wird, daß gewisse politische Fraktionen in England jede Gelegenheit ergreifen, um Kapital aus russisch-deutschen Streitigkeiten zu schlagen." — Dies Telegramm, das den hiesigen Stimmungen einen tatsächlich korrekten Ausdruck verleiht, verdient die volle Beachtung der englischen Publizistik.

Wie mitgetheilt wird, erfolgte am 18. Dezember gleichzeitig mit der Bestätigung des freisprechenden Urtheil des Grafen Monts in Sachen des „Großen Kurfürst“ ein kaiserlicher Erlass an das gesamte Offizierkorps der Marine. Der Erlass ermahnt, allen Hader zu vergessen und unter Würdigung der Verdienste, welche sich die jetzt leitende Spize erworben habe, durch erhöhte Leistungen die erlittenen Schäfte auszutragen.

Die bairische zweite Kammer setzte am Sonnabend die Beurathung des Kultusetats fort. Bei der Diskussion über das die Universität München betreffende Kapitel erklärte der Kultus-Minister v. Lutz, daß die Behauptung des Abgeordneten Daller über ein Rückgehen der Universitätsleistungen unrichtig sei. Eine Abschaffung der Kollegiengelder würde die Erhöhung der Professoren-Gehälter um ein Drittel nothwendig machen. In Betreff des Professors Friedrich sei zu unterscheiden zwischen der Stellung desselben zur Kirche und der Form, in welcher derselbe seine Anschaunungen zum Ausdruck bringe. Gegen die literarische Thätigkeit eines Universitäts-Professors könne die Regierung nicht einschreiten. Der Landtag möge der Regierung nicht die Pensionierung eines Professors nahelegen, sonst wäre die Freiheit der Wissenschaft dahin. Der Minister verwahrte sich schließlich noch gegen die Auslassungen des Abg. Rittler, als ob eine Bevorzugung irgend einer Richtung bei der Berufung von Professoren stattgefunden habe. Der Abg. Dalleß erklärte, er habe nicht die Pensionierung des Prof. Friedrich verlangt, sondern nur öffentlich konstatieren wollen, daß ein nicht einigl mehr altkatholischer Priester in der römisch-katholischen theologischen Fakultät der Universität sitze. Der Antrag des Abg. Schauß auf Errichtung einer Professur für bairische Geschichte wurde abgelehnt. Der Statut für die Universität München wurde hierauf nach dem Antrage des Ausschusses genehmigt.

Wie dem „Russischen Invaliden“ unter dem 4. d. gemeldet wird, sind die in Samarkand wohnhaften Vettern Abderrhaman Khan's, Selver Khan und Isak Khan, über die Grenze geflüchtet und haben ihre Familien in Samarkand zurückgelassen.

Die radikalen pariser Organe accentuiren immer mehr ihre Opposition gegen das Cabinet und richten ihre Angriffe jetzt auch gegen den Präsidenten der Republik, Jules Grévy, wobei sich insbesondere der „Rappel“ hervorhut. Die antirepublikanischen Journale benutzen die Neuheiten einiger deutschen Blätter über den angeblichen Einfluß Deutschlands auf die innere Situation Frankreichs zu einer heftigen Polemik gegen die republikanische Partei und die Regierung. Hierbei kommt den monarchistischen Organen zu statthen, daß auch die englische Presse von diesen bedauerlichen Auslassungen Notiz genommen hat.

Wenn die Nachrichten wiener Blätter sich bestätigen, macht Fürst Alexander von Bulgarien recht hübsche Fortschritte im „konstitutionellen“ Regieren. Zenen Meldungen folge soll er sich einen Ukas haben ausarbeiten lassen, durch welchen die Landesverweisung dreier hervorragender Mitglieder der Opposition verfügt wird, — ein Mittelchen, das, recht oft wiederholt, in der That vorzüglich geeignet ist, jedes Widerstreben gegen die weisen Absichten Alexanders I. zu beseitigen. Schade nur, daß bei der herrschenden Strömung in Bulgarien, in weiterer Verfolgung dieses Weges eine Entvölkerung des Landes nicht ausbleiben dürfte! Um weitere Proben dessen, was er in Russland und anderswo gelernt, soll Fürst Alexander beabsichtigen, über die Gouvernements Tarnowa und Rustschuk, in welchen sich besonders die oppositionellen Elemente geltend machen, den Belagerungszustand zu verhängen.

Vom Kaplande hat uns der Telegraph in letzter Zeit wiederholt Verhaftungen hervorragender Boer-Führer signalisiert; ein Faktum, welches auf die Natur der im Transvaal-Gebiete herrschenden Zustände ein eigentliches Licht wirft. Die Gegensätze zwischen den holländischen Kolonisten und den englischen Eindringlingen verschärfen sich zusehends, und die auf dem letzten Meeting der Boers getroffenen Maßregeln lassen sehr wohl der Vermuthung Raum, daß die Boers noch keineswegs an der Wiedererlangung ihrer republikanischen Unabhängigkeit, trotz der beiderseits vorgenommenen Annexion des Transvaal-Landes, verzweifelt.

Auf dem amerikanischen Kriegsschauplatz bereiten sich möglicherweise neue Verwickelungen vor. Wie der „Courrier des Etats-Unis“ meldet, scheinen sich die Verlegenheiten für Peru durch Schwierigkeiten zu mehren, welche von Bolivie kommen. Die in letzterem Staate ausgebrochene Revolution hätte nach dem amerikanischen Blatte folgende Bedeutung: „Bolivia giebt die Allianz mit Peru auf und tritt den von Chili gewünschten Theil seines Gebietes an dasselbe ab. Dafür nimmt Chili den Peruanern das Departement von Arica, um Bolivien ein Geschenk damit zu machen.“ Das sind die Bedingungen, wozu noch eine Million Dollars kommt, welche Chili dem Präsidenten Daza zu wiederholtem Male angeboten hat, von dem sie jedoch ausgeschlagen wurde. Aber viele Offiziere und hohe Beamte in Bolivia wünschten die Annahme dieser Geldes und es sind ohne Zweifel ihre Intrigen, welche die Revolution herbeigeführt haben. In diesem Falle bliebe Peru nichts anderes übrig, als die Allianz mit der argentinischen Republik abzuschließen, welche sehr gern an dem Kriege Theil nehmen würde, um sich Patagoniens zu bemächtigen. Die argentinischen Truppen sind inzwischen für alle Eventualitä-

ten an der Grenze von Chili massirt. Nach dem Ton zu schließen, welchen die Journale in Santiago und Valparaíso anschlagen, hat Chili keine Furcht vor diesem neuen Gegner, welcher jedoch die Lage der Dinge verändern könnte. Die Einfälle der Gauchos und Araukaner würden es nothwendig machen, einen Theil der Armee nach Chili zurückzufinden und Peru gewinne dadurch Zeit, seine Vertheidigung zu reorganisieren.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, den 10. Januar.

— [Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf] betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung des durch Überschwemmung und Miserie herbeigeführten Nothstandes in Oberschlesien lautet:

§ 1. Der Staatsregierung wird der Betrag von 6 Mill. Mark zur Verfügung gestellt, um in den durch Überschwemmung und Miserie heimgesuchten Kreisen Oberschlesiens durch Unterstützung mit Lebensmitteln, durch Beschaffung von Futter zur Durchwinterung des Viehs, durch Gewährung von Saatgut und durch Eröffnung von Arbeitsgelegenheit dem vorhandenen Nothstand zu steuern.

§ 2. Die Gewährung des Saatgutes erfolgt der Regel nach gegen die Verpflichtung der Werberstattung nach näherer Bestimmung der Minister des Innern und der Finanzen.

§ 3. Die Mittel zur Beschaffung von Viehfutter und Saatgut werden den betreffenden Kreisausschüssen zur Verwendung nach pflichtmässigem Erneuerung und zur Wiedereinziehung auf Rechnung des Staates nach näherer Bestimmung der im § 2 genannten Minister überwiesen. Die Kreisausschüsse beschließen selbstständig darüber, ob die Empfänger eintretendens wegen Leistungsunfähigkeit von der Pflicht zu entbinden sind.

§ 4. Zur Bereitstellung der im § 1 gedachten 6 Millionen Mark ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrags von Schulverschreibungen aufzunehmen. Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchen Zinsfüßen, zu welchen Bedingungen der Rückzahlung und zu welchen Kurien die Schulverschreibungen vergeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im Übrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe, wegen Annahme derselben als pupillen- und depositalmässige Sicherheit und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 zu Anwendung.

§ 5. Dem Landtage ist bei dessen nächster regelmässiger Zusammenkunft über die Ausführung des Gesetzes Rechenschaft zu geben.

§ 6. Die Minister des Innern und der Finanzen sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

— [Den Elementarlehrern und Elementarlehrerinnen] sind bereits für das laufende Kalender-(nicht Etats-) Jahr 1880 die Alterszulagen aus Staatsfonds bewilligt, bezw. fortbewilligt worden, jedoch immer unter dem Vorbehale jederzeitigen Widerrufs, welche Beschränkung auch jedem einzelnen Empfänger besonders mitgetheilt werden soll. Auch sollen die Behörden ohne Aufforderung der vorgesetzten Bezirkspolizei keine Vorschläge zu einmaligen Zuwendungen mit den Vorschlagslisten für Alterszulagen an Lehrer machen, weil der Fonds zu persönlichen Zulagen bei Bewilligung der Alterszulagen größtentheils mitverwandt werden muß.

— [Nebengeschäfte von Beamten.] Bekanntlich ist in Preußen den Beamten die Übernahme von Nebentätigkeiten, ja, von Nebenbeschäftigung ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde entschieden untersagt. Diese Disciplinarvorschrift sollte auch in einem Falle zivilrechtlich in der Weise zur Geltung kommen, ob ein Vertrag, der in Ausübung eines nicht erlaubten Nebentätigkeits geschlossen sei und auf einem solchen ruhe, anfechtbar sei. Nach einer Entscheidung des Obertribunals hat ein solcher Vertrag Geltung und gehört in keiner Weise zu den unerlaubten Verträgen.

Breslau, 9. Januar. [Zum Nothstand.] Der „Oberschles. Anz.“ schreibt: „Das Unterstützungswerk für die Nothleidenden ist gefährdet! Fortgesetzt, aber bisher leider vergeblich, haben mit uns fast sämtliche breslauer Blätter darauf aufmerksam gemacht, wie sehr das Unterstützungswerk für die Nothleidenden Oberschlesiens durch den Mangel der Zentralisierung, durch die Verzettelung der Liebesgaben gefährdet ist; es wird aber auch noch gefährdet durch die verurtheilungswerte Dreistigkeit, mit der Private und selbst Ortsvorstände im Verein mit Privaten das öffentliche Mitleid — wir wollen uns gelinde ausdrücken — unberechtigt und zur Ungebühr in Anspruch nehmen. Sogar der unausgesetzte fürsorgende Vaterländische Frauen-Verein in Breslau hat sich veranlaßt gefunden, auf das massenhafte Verbreiten des Unterstützungsgerüches eines kaum dreitausend Einwohner zählenden oberschlesischen Städtchens die Aufmerksamkeit der Behörden zu lenken. Verbürgt wird uns ferner, daß durch Agenten für die Nothleidenden dieses Städtchens (dessen Armenfonds höchstens 700—1000 Mark beträgt und für dessen Suppenküche der Landrat des Kreises sorgt) gröbere Geschäftshändler in Breslau um Beiträge angegangen worden sind.

— Ein größeres oberschlesisches Dorf, dessen Gutsherr Beziehungen nach Hammover etc. hat, veranstaltet dort und anderswo Sammlungen. — Genug, es ist soweit gekommen, daß sich Seidermann berechtigt glaubt, auf eigene Hand das öffentliche Mitleid anzuzapfen. Die von Privaten gesammelten Gaben werden nach Gutdanken vertheilt, ohne daß man daran denkt, wie durch die Verkleinerung der Liebesgaben das ganze Unterstützungswerk geschädigt, und wie so der Begehrlichkeit und auch der Korruption Vorschub geleistet wird.“ Heute wird der Nothleidende vom Pfarrer, am selben oder am anderen Tage vom Amtsvoirsteher behilft, der Letztere weiß natürlich davon nichts, Was und Wem der Pfarrer, und dieser nicht, Was und Wem der Amtsvoirsteher gegeben hat. Ist es da ein Wunder, wenn unser unmündiges Volk begehrlich wird und Thorheiten mit den Gaben begeht? Ein Beispiel: Einer wirklich bedürftigen Frau giebt der Geistliche aus dem ihm überwiesenen Fonds „Neun Mark.“ Dieselbe Frau, weil bedürftig, erhält anderen Tages durch den Amtsvoirsteher Lebensmittel, Kleidungsstücke etc. Die Armen, so plötzlich „en embarras des richesses“ verzeigt, weiß sich nun mit dem Gelde nicht anders zu helfen, als daß sie sich dafür einen — „Muff“ — kauft! (Namen und Zeugen können wir eventuell nennen.) Ist daraus dem unverständigen Weibe ein

Borwurf zu machen? Doch gewiß nicht. . . . Soll das Unterstützungswerk nicht weiter gefährdet werden, so ist es, wir wiederholen es nochmals, durchaus erforderlich, daß alle Gaben nur an den Regierungs-Präsidenten v. Quadflin Oppeln, an die Unterstützungs-Komitee's zu Händen der Kreislandräthe und ausnahmsweise an die Bürgermeister der Kreissäte gesandt werden.

Vorales und Provizielles.

Boden, 12. Januar.

r. Der Posener Provinzial-Landwehrverein, welcher unter dem Protektorat des Oberpräsidenten Günther steht, umfaßt Anfang v. J. 51 Landwehr-, resp. Kriegervereine der Provinz Posen mit 8124 Mitgliedern. Von den Vereinen schied im Laufe des Jahres der Landwehrverein Ostrowo aus; dagegen traten 8 Vereine, die zu Bentschen, Gąsienicau, Dobrzica, Kriewen, Neisen, Schubin, Wreschen und Zduin, neu hinzu. Von den Mitgliedern starben 117, es schieden aus 647, jedoch traten neu hinzu 637; mithin zählt der Provinzial-Verein gegenwärtig 58 Landwehr- resp. Kriegervereine mit 7997 Mitgliedern. Darunter befinden sich 226 Offiziere, 7596 Kameraden vom Feldwebel, resp. Wachtmeister abwärts und 175 Ehrenmitglieder. Von genannten Mitgliedern gehören 5125 der evangelischen, 2529 der katholischen, 343 der mosaischen Religion an. Von den 58 Vereinen des Verbandes befinden sich 39 in Besitz von Sterbekassen, aus denen die Hinterbliebenen verstorbener Kameraden je nach der Stärke des Vereins Sterbegelder oder entsprechende Beihilfen zu den Begegnungskosten erhalten. Der Bundes-Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Polizeipräsident Stadt v. erster Vorstehender; Justizrat und Divisions-Auditeur v. Schirp, zweiter Vorstehender; Kaufmann Kahlert und Eisenbahn-Sekretär Collatz, Schriftführer resp. Stellvertreter desselben, Gasanstalts-Kontrolleur Haberlandt und Regierungs-Sekretär Henckel, Schatzmeister, resp. Stellvertreter; Gas-Inspektor Baumert, Telegraphen-Direktor Dröge, Stadt-Sekretär v. Geißler, Waggonfabrik Martin, Rentier Miscke, Kaufm. S. Pinckus, Prov.-Steuer-Sekretär Stript, Stadt-Sekretär Weisse, Bundes-Vorstands-Mitglieder. — Die einzelnen Zweigvereine sind folgende: Landwehrvereine zu Bentschen (mit 67), Borek (mit 69), Gąsienicau (mit 77), Czempin (mit 68), Dobrzica (mit 60), Erm (mit 33), Gnesen (mit 176), Görchen (mit 60), Jarotschin (mit 28), Jnowajam (mit 200), Jutroschin (mit 88), Kempen (mit 190), Kosten (mit 157), Kratoschin (mit 219), Koschmin (mit 86), Kobylin (mit 93), Kriewen (mit 52), Kunitz (mit 92), Lobiens (mit 65), Moschin (mit 81), Mogilno (mit 97), Mur. Goslin (mit 40), Nadel (mit 89), Neujadt a. W. (mit 78), Neujadt b. W. (mit 21), Neutomischel (mit 41), Obrorn (mit 74), Oberjagd (mit 110), Pinn (mit 69), Pleiden (mit 133), Posen (mit 1745), Punitz (mit 126), Rogaten (mit 128), Ritschenwalde (mit 64), Santer (mit 92), Santo-mischel (mit 39), Schmiegel (mit 285), Schroda (mit 126), Schwerin a. W. (mit 306), Schwerin (mit 89), Schoffen (mit 35), Stenichewo (mit 73), Schrum (mit 90), Schubin (mit 76), Trichtiegel (mit 83), Tremeschen (mit 97), Wreschen (mit 64), Zerkow (mit 42 Mitgliedern); die Kriegervereine zu Bojanowo (mit 176), Fraustadt (mit 160), Heidersdorf-Kabel (mit 81), Lissa (mit 444), Paradies-Jorda (mit 120), Na-witsch (mit 222), Reisen (mit 112), Wongrowitz (mit 124), Zduin (mit 126 Mitgliedern).

r. Der Wasserrand der Warthe, welcher Sonnabend Nachmittag gegen 5 Uhr, als sich das Eis oberhalb der Wallischbrücke in Bewegung setzte, 8 Fuß 5 Zoll betrug, stieg später Abends auf 8 Fuß 10 Zoll, sank dann Sonntag Morgen beinahe bis auf 8 Fuß, und betrug Sonntag Nachmittag 8 Fuß 6 Zoll. Unterhalb der Wallischbrücke war die Warthe bis Grawo eisfrei, dagegen war oberhalb der Brücke am Sonntage das Eis von der Grabenkirche weiter aufwärts bis gegen Luban wieder zum Stehen gekommen. In Folge dieser Verstopfung nahm das Wasser Sonntag Nachmittag bei Luban seinen Weg durch die alten Austretungen und Zweigarme der Warthe und überschwemmte die Eichwaldstraße vor dem Eichwaldthore 0,2 Fuß hoch, während sonst das Wasser über die Eichwaldstraße erst bei einem Wasserstande von 9 Fuß 6 Zoll am Wallischbrücke-Pegel tritt. Sonntag Nachmittag waren oberhalb der Wallischbrücke Schiffer damit beschäftigt, die in der Nähe der Kreuzkirche zusammengeschobenen Eisschollen zu befreien. Nebrigen hat das Eis noch solche Stärke, daß die Schiffer ohne alle Gefahr die großen Eisschollen betreten konnten.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin, 10. Januar. Im Warenhandel haben wir für die verflossene Woche nur in Schmalz einen regeren Verkehr zu melden, in den übrigen Artikeln blieb das Geschäft still.

Leinöl ist in England steigend, hier Englisches 32,75—33 M. gefordert.

Petroleum. Die Preise blieben in den letzten acht Tagen sowohl in Amerika als auch an den diezeitigen Märkten in matter Tendenz. Das Geschäft ist auch hier schwächer geworden und die Preise waren nachgebend. Loko 12,25—12,15—12 M. versteuert bei Kleingefäßen bez., 8,60—8,20—30 M. tr. bez., per Januar 8,15—8,10 M. tr. bezahlt.

Das Lager war am 1. Januar 1880 1,890 Brls.

Expediert vom 1. bis 8. Januar 1880 13,415

Lager am 8. Januar 1880 gegen Lager gleicher Zeit 1879 14,234 Brls., schwimmend und in Abładung 10,142 Brls.

Abzug vom 1. bis 8. Januar 1879 2043 Barrels, 1880 1890 Barrels.

Erwartet von Amerika 5 Ladungen mit zusammen 13,106 Brls., sämtlich im Swinemünder Hafen.

Afkaile. Pottasche unverändert, 1a. Casan 18,75 M. gef. Soda ist in England fest und sind die Frühjahrs-Öfferten höher, hier calc. Tenantische 9,25 M. tr. gef. Newcastle 7,50 bis 10 M. tr. nach Qualität und Stärke gef. Englisch crystallisierte 4,50 M. transito in loko pr. Brutto-Zentner gef.

Harz matter, amerikan. braun bis good strained 4,80 bis 5 M. gef., hell 5,75 bis 6,50 M. gef.

Farböl unverändert, Blau Campeche 9,75—12 M. nach Qualität gef.

Caffe. Zugeführt wurden uns 282 Ctr. vom Transito-Lager hatten wir einen Wochenabzug von 970 Ctr. Das Geschäft bewegte sich in engeren Grenzen, Umsätze kamen nur für den Konsum vor und haben die Preise Veränderungen nicht erfahren. Wir notiren unverändert: Ceylon-Plantagen und Tallysherrn 108—118 Pfsg., Java braun bis fein braun 143—153 Pfsg., gelb bis fein gelb 100 bis 125 Pfsg., blank und blaß 93—100 Pfsg., grün bis fein grün 90—95 Pfsg., fein Rio und Campinos 78—90 Pfsg., gute reelle 73—78 Pfsg. ord. Rio und Santos 60 bis 65 Pfsg. transito.

Rais. Der Abzug vom Transito-Lager belief sich in vergangener Woche auf 591 Ctr. Benennenswerthe Plazumäße sanden nicht statt, Preise bleiben behauptet und notiren wir: Kadang und ff. Java Tafel 30—31 M. ff. Japan und Batna 22—25,50 M. fein Nangoon und Mouhmaine Tafel 17—18 M. Arracan und Rangoon, gut 14,50—15 M. ord. do. 13,50—14 M. Bruchsorten 11—12,25 M. transito.

Gewürze. Pfeffer fest, Singapore 70 M. versteuert gehalte Piment behauptet, 77 M. versteuert gef. Cassia lignea 82 Pf. ver-

steuert ges., Lorbeerblätter, stielfrei 20,50 M. gef., Cassia flores 107 Pf. gef., Macis-Blüthen 2,70—2,80 M., Macis-Rüsse 2,80—3,10 M., Canelli 2,60—3,80 M., Cardamom 13,50 M., weißer Pfeffer 95—100 Pf. Nelsen 2,30 M. Alles versteuert gefordert.

Zucker. Rohzuckern preishaltend, gehandelt wurden 11,000 Ctr. I. Produkte mit 23—35 M. nach Qualität, raffinirte Zuckern ohne Veränderung; für das Ausland zeigte sich einige Frage danach.

Syrup fester, Kopenhagener 22 M. trans. gef., Englischer 19—20 M. tr. gef., Candis- 10,50—13 M. gef., Stärke-Syrup 16,50 M. bez. 17 M. gef.

Hering. Der Gesamt-Absatz von neuem Schottischen Hering während der nachfolgenden Jahre betrug von

Crownfullbr.	Unbr. Fulls	Ihlen Matties et. Total	To.	To.	To.	To.	Total
1879	38538	19983	6289	61891	16951	209131	
1878	67710	12102	7518	49806	11638	233549	
1877	63179	13121	12317	56876	18776	196511	
1876	44384	16958	5975	45618	3611	205535	
1875	68251	17742	5865	54682	11246	234752	

Crownfullbr. u. Unbr. Fulls	Ihlen u. Matties et. Zusammen	To.	To.	To.	Total
1879	58521	68180	126701		
1878	79812	57324	137136		
1877	76300	69193	145493		
1876	61342	51593	112935		
1875	85993	60547	146540		

Nach zuverlässigen Berichten betragen die Bestände der Hauptstapelpaße Stettin, Danzig, Königsberg, Hamburg, Varburg, Memel zusammen ult. Dezember

Schotten aller Sorten	Fetthering	Andere Sorten	Total
1879	126081	51599	4578
1878	132492	67292	1410
1877	146324	75022	3781
1876	49558	69337	1513
1875	146419	54397	5894

Crown Fullbr.	Ihlen, Matties	Total
1879	36794 To.	80754 To.
1878	47232	84886
1877	50079	94826
1876	19838	29550

Über den Total-Import und Versand von Ostküsten-Hering in Stettin während der letzten Herbst-Saison sind die Zahlen im Verhältnis ähnlich.

Import. Versand.

1879 186477 To. 126701 To.

1878 198721 = 137136 =

1877 216244 = 145493 =

1876 138095 = 112935 =

1875 214782 = 146540 =

Ein Vergleich der Bestände der verschiedenen Sorten von Schotten an den genannten sechs Märkten ergibt, daß die gegenwärtigen Läger

von Crown Fullbrand von Ihlen u. Matties et.

gegen 1878 um 10448 To. um 4132 To.

1877 = 13295 = 14072 =

kleiner sind.

Auch von Fetthering stehen dieselben gegen die letztvorlosen

Jahre bedeutend zurück und zwar um

15693 To. gegen 1878

23423 = 1877

1778 = 1876

2798 = 1875

Das Geschäft in Schotten hatte auch in der verlorenen Woche einen ruhigen Verlauf, für Fullbrand konnten sich Preise nicht voll behaupten, bezahlt wurde 52,50—53 M. trans. und ist mit 53 M. trans. ferner häufig, umgestempelter Vollhering 45—47 M. tr. nach Dual. gef., Matties Crownbrand 36—37,50 M. tr. gef., Ihlen Crownbrand 38 M. tr. gef., Mixed 37—37,50 M. tr. gef., Holländischer Hering unverändert. Voll- 48—51 Mark trans. nach Qualität gef., Norwegischer Hering blieb ziemlich geschäftlos und haben sich die Preise für Fetthering nicht verändert, Kaufmanns- 40 M. groß mittel 32,50—33 M. reell mittel 31 M. mittel 26—28 M. und Christiania 16—17 M. trans. gef. Mit den Eisenbahnen wurden von allen Gattungen vom 1. bis 7. d. 1808 To. versandt, gegen 2382 To. in 1879, 3953 To. in 1878, 2804 To. 1877, 6439 To. in 1876, 6467 To. in 1875 und 7852 To. in 1874 in fast gleicher Zeit.

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 10. Januar. Der österreichisch-ungarische Botschafter, Graf Wimpffen, ist gestern von dem Ministerpräsidenten Cairoli empfangen worden. Die Unterredung trug einen sehr herzlichen Charakter. Heute wird Graf Wimpffen dem Könige sein Beglaubigungsschreiben überreichen. — Anlässlich des Jahrestages des Hinscheidens Viktor Emanuel's sind bei dem Ministerium zahlreiche Kondolenztelegramme aus den Provinzen und vielen Gemeinden eingetroffen.

Rom, 11. Jan. Wie die "Italie" meldet, erklärte der Referent der Senatskommission zur Vorberatung der Mahlsteuervorlage, Saracco, daß er an den in seinen beiden Berichten über die Vorlage enthaltenen Ausführungen nichts zu ändern habe und hätte in Folge dessen die Zentralkommission des Senates nicht nötig befunden zu einer nochmaligen Prüfung der Frage zusammenzutreten. — Der Ministerrath hat in seiner geistigen Sitzung über die Mahlsteuervorlage berathen.

Paris, 10. Januar. Wie die "Agence Havas" erfährt, wird das "Journal officiel" morgen die Decrete veröffentlicht, durch welche ernannt werden: General Blot zum Chef des Generalstabes im Kriegsministerium an Stelle des Generals Davout, General Thibaudin zum General-Direktor der Infanterie an Stelle des General Thouminis de Lahaulle, General Sempé zum General-Direktor der Artillerie an Stelle des Generals Schneegans, General Villenoisy zum General-Direktor der Genie-Abtheilung an Stelle des Generals Sere de Rivière und General Panafieu zum Direktor des Rechnungswesens an Stelle des Generals Renaudin. In der Besetzung des Postens des General-Direktors der Kriegsverwaltung und desjenigen der Pulverfabriken hat keine Veränderung stattgefunden.

Paris, 11. Januar. Das "Journal officiel" veröffentlicht die bereits gestern gemeldeten Veränderungen in der Besetzung der obersten Stellen im Kriegsministerium und außerdem die Ernennung Loizillon's zum Direktor der Kavallerie an Stelle des Oberst Grandin, welcher einen anderen Posten erhält.

Paris, 11. Januar. Nach einer Meldung aus Valparaiso vom 9. d. hat die gegen den Präsidenten von Bolivia

Daza aufständische Garnison von Tacna auf Antrieb ihrer Offiziere Tamacho zum Chef gewählt.

London, 10. Januar. Meldung des "Reuter'schen Bureau" aus Kabul vom 9. d.: General Roberts wohnte einer Versammlung afganischer Häftlinge bei und versicherte dabei die letzteren, daß es der Wunsch der englischen Regierung sei, das Leben, das Eigenthum und die Religion der Afganen zu respektiren. — Telegramm der "Daily News" aus Lahore von heute: Mahomed Khan hält Ghazna mit einer starken Truppenmacht besetzt.

London, 11. Januar. Das "Reuter'sche Bureau" meldet aus Konstantinopel vom 10. d., Savas Pascha habe Layard in einer Note angezeigt, daß der Sultan, befehlt von dem Wunsche, die freundschaftlichen Beziehungen zu England zu wahren, Ahmed Teufik begnadigt hätte. In seiner Erwiderung hierauf habe der britische Botschafter erklärt, daß Ahmed Teufik keiner Begnadigung bedürfe, und die Forderung gestellt, daß das Urtheil der religiösen Behörden, als den Gesetzen der Verfassung widersprechend für richtig erklärt werde. — Der Ministerrath ist mit der Berathung dieser Angelegenheit beschäftigt.

Madrid, 11. Januar. Im Kongresse hielt anlässlich des jüngsten Attentates der Ministerpräsident Canovas del Castillo eine Rede, in welcher derselbe alle rechtmässigen Leute aufforderte, sich gegen die Bestrebungen zu vereinen, welche sich gegen das monarchische Prinzip und dessen Autorität richten.

Konstantinopel, 9. Januar. Colocotronis ist zum dritten Kommissär Griechenlands für die Verhandlungen mit der Pforte ernannt worden.

Bukarest, 11. Januar. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Decrete, betreffend die Umwandlung der diplomatischen Agentur in Rom in eine Gesandtschaft, und betreffend die Ernennung des gegenwärtigen diplomatischen Agenten in Rom, Esaru, zum Ministerresidenten in Athen. Gleichzeitig wird Esaru beauftragt, die Gesandtschaftsgeschäfte in Rom bis zur Ernennung und Ankunft des neuen Gesandten zu versehen.

Nisch, 9. Januar. Der Skupstichtina ist nunmehr der am 13. November v. J. mit dem belgischen Deputirten Boncqueau abgeschlossene Vertrag wegen Errichtung einer serbischen Nationalbank und mehrerer Filialen derselben in den grösseren Städten des Landes zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Dauer des Vertrags ist auf 25 Jahre festgesetzt, das Kapital soll 25 bis 100 Millionen Frs. in 50,000 Aktien betragen, 1/3 derselben gelangt in Belgrad zur Subskription. Der Anfang des Geschäfts soll 1/4 Jahr nach Promulgation des Bankgesetzes erfolgen, die Bank ist zur Emission von Banknoten befugt, welche bei den Staatskassen angenommen werden.

Athen, 9. Januar. Verschiedene Banden, welche sich in Thessalien gebildet hatten, um Ruhestörungen hervorzurufen, sind durch die dorthin entsandten Truppen zerstreut worden.

Newyork, 9. Januar. General Chamberlain hat bekannt gemacht, daß er den Oberbefehl über die Miliz des Staates Maine übernehme, um das Staateigenthum und die Institutionen zu schützen, bis der neue Gouverneur gesetzmäßig gewählt und bestätigt worden sei. General Chamberlain übernimmt hierdurch zeitweilig die Gouverneurschaft. — Das Syndikat hat dauernd 100,000 Aktien der Newyorker Centralbahn übernommen, für welche die Option morgen läuft.

Verantwortl. Redakteur: J. B. Dr. jur. Paul Höner in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1880.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Oeffn.	Therm. nach Celsius	Wind.	Wolkenform.
10. Jan.	Nachm. 2	5°43'	+ 1°0 NW	1	trübe St
10.	Abrnd. 10	5°65'	+ 0°3 NW	2	bedeckt Ni
11.	Morg. 6	5°60'	- 0°3 NW	1	trübe St
11.	Nachm. 2	5°66'	+ 0°7 NW	2	trübe St
11.	Abrnd. 10	5°62'	- 0°6 NW	1-2	bedeckt rgl.
12.	Morg. 6	5°23'	- 0°2 NW	2-3	bedeckt Ni

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Januar Mittags 2,42 Meter.
= 10. = 2,40
= 11. = 2,60 =

Wetterbericht vom 11. Januar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celsius Grad
Aberdeen .	776,7	S schwach	bedeckt	2,2
Ropenhagen .	778,9	NW leicht	Nebel	0,6
Stockholm .	776,9	WW leicht	wolkenlos	3,6
Daparanda .	771,5	still	bedeckt	7,0
Petersburg .	770,2	SW still	bedeckt	6,4
Moskau .	775,0	N still	bedeckt	-20,1
Gorl .	772,9	SSO frisch	bedeckt ¹⁾	6,7
Brest .	772,6	SO leicht	bedeckt	0,3
Helder .				

Produkten-Courte.

Köln, 10. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,50, fremder loco 23,00, pr. März 23,85, pr. Mai 23,95. Roggen loco 19,00, pr. März 17,75, per Mai 17,80. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 30,00, pr. Mai 29,40.

Bremen, 10. Januar. Petroleum fest. (Schlussbericht.) Standard white loco 7,55 bez., Februar 7,65, bez., per März-April 7,80, bez., per August-Dezember 8,70 Br.

Hamburg, 10. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco still auf Termine rubig. Weizen April-Mai 237½ Br., 236½ Gd., per Mai-Juni 239½ Br., 238½ Gd. Roggenper April-Mai 167 Br., 166 Gd., per Mai-Juni 166 Br., 165 Gd., Hafer und Gerste rubig. Rüböl still, loco 58, per Mai 58. Spiritus rubig, per Januar 53 Br., per Februar-März 52½ Br., per April-Mai 51½ Br., per Mai-Juni 51½ Br. Kaffee fest. Umsatz 4000 Sac. Petroleum fest. Standard white loco 7,50 Br., 7,30 Gd., per Januar 7,30 Gd., per Februar-März 7,80 Gd. — Wetter: Sich ausflärend.

Best, 10. Januar. (Produktenmarkt.) Weizen loco unverändert, Termine fest, per Frühjahr 14,75 Gd., 14,80 Br. Hafer per Frühjahr 7,72 Gd., 7,77 Br. Mais per Mai-Juni 8,75 Gd., 8,80 Br. Kohlraps per August-September 13½. — Wetter: Heiter. Eis steht. Wasserstand gegen gestern 14 Centimeter höher.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Jan. Weizen per 1000 Kilo loco 200—243 M. n. Qual. gef., gelber Märk. — M. ab Bahn bez., per Januar — bez., per Jan.-Febr. — bezahlt, per April-Mai 237½—238½ bezahlt, per Mai-Juni 237½—237 bez. per Juni-Juli — bez. Gefündigt — Ztr. Regulierungspreis — M. — Roggen per 1000 Kilo loco 172—189 M. nach Qualität gef. Russ. ab Kahn bezahlt, inländischer 177—178 M.

Berlin, 10. Januar. Der gestrige Verkehr hatte außerordentlich flau geschlossen; Kreditaktien, welche noch um 2 Uhr 514 bezahlt waren, wurden auf 507 geworfen, und die Stimmung war eine höchst unruhige. Die Abendbörsen spiegelten diese Erwartung in weiteren Kursherabsetzungen wieder. Aber trotzdem erfolgte heute sofort eine namhafte Erholung. Gne günstigere Ausschaffung der gesamten Lage, ziemlich feste Meldungen aus Wien und Deckungen verliehen der Eröffnung des heutigen Verkehrs im Allgemeinen ein freundlicheres Aussehen. Kreditaktien hoben sich rasch auf 514, Dortmunder Union, deren Stamm-Prioritäten gestern bis 102 geworfen waren, stiegen auf 107.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Januar 1880. Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,50	bz
do. neue 1876	4	97,25	bz
Staats-Anleihe	4	97,10	G
Staats-Schuldch.	3½	93,75	bz
Dr. Deichb.-Obl.	4½	102,50	bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,80	bz
do. do.	3½	93,50	G
Schld. d. B. Rsm.	4½	102,25	B
Pfan'd brie fe:			
Berliner	4½	103,40	bz
do.	5	107,50	bz
Landch. Central	4	98,50	bz
Kur- u. Neumärk.	3½	94,50	bz
do. neue	3½	89,75	B
do.	4	98,10	bz
R. Brandbg. Cred.	4		
Preußische	3½	88,50	B
do.	4	97,50	bz
do.	4½	103,10	bz
Pommersche	3½	88,75	bz
do.	4	98,50	bz
do.	4½	103,00	bz
Rosenste, neue	4	98,20	bz
Sächsische	4	97,25	bz
Schlesische	3½		
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. ritterisch.	3½	88,25	G
do.	4	98,00	B
do.	4½	102,30	bz
P. Rentenbriefe:			
Kurz u. Neumärk.	4	99,30	bz
Pommersche	4	98,70	bz
Posensche	4	98,25	G
Preußische	4	98,25	bz
Rhein- u. Westfäl.	4	99,25	B
Sächsische	4	99,00	B
Schlesische	4	99,50	G
Souveränes		20,29	G
20-Frankenstein		16,16	bz
do.	500 Gr.		
Dollars			
Imperialis			
do. 500 Gr.			
Gremde Banknoten			
do. einlös. Leipz.			
Franzöf. Banknot.	81,10	bz	
Desterr. Banknot.	173,10	bz	
do. Silbergulden	173,50	B	
Russ. Noten 1000 bl.	211,50	bz	
Deutsche Fonds:			
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	145,00	B
Einf. Prich. a 40 Th.	—	270,50	B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,30	bz
do. 35 f. Obligat.	176,50	bz	
Bau. Präm.-Anl.	4	133,40	bz
Braunigb. 20th.-L.	—	93,75	bz
Brem. Anl. v. 1874	4½		
Cöln.-Vfd.-Pr.-Anl.	3½	132,90	bz
Dest. St. Pr.-Anl.	3½	125,90	B
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	115,50	G
Öb. Pr.-A. v. 1866	3	187,00	B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	182,00	B
Mecklenb. Eisenb.-G.	3½	89,75	bz
Meiningen Loose	do.	117,50	G
do. Pr.-Pfdbr.	4	100,50	bz
Nein. Hm.-Pf.	5	101,50	bz
Nein. Hm.-Pf.	5	101,50	bz
Odenburger Loose	3	151,75	B
O.-G.-E.-B.-Pfdbr.	110	105,00	G
do. do.	4½	100,50	bz
Trich. Hypoth. unf.	5	102,75	bz
Nein. Hm.-Pf.	4½	100,50	bz
Nein. Hm.-Pf.	5	101,30	bz
Neid.-Grdr.-H.-A.	5	99,50	bz
do. Hm.-Pfdbr.	5	96,75	bz

Amsterd. 100 fl. 8 L. 168,70 bz
do. 100 fl. 2 M. 167,95 bz
London 1 Ltr. 8 L. 20,33 bz
do. do. 3 M. 20,24 bz
Paris 100 Fr. 8 L. 80,75 bz
do. do. 100 Fr. 2 M. 172,80 bz
Wien öst. Währ. 8 L. 171,85 bz
Biel. öst. Währ. 2 M. 210,90 bz
do. 100 Fr. 3 M. 209,40 bz
Wien 100 Fr. 8 L. 211,00 bz

*) Wechsel-Course.
Amsterd. 100 fl. 8 L. 168,70 bz
do. 100 fl. 2 M. 167,95 bz
London 1 Ltr. 8 L. 20,33 bz
do. do. 3 M. 20,24 bz
Paris 100 Fr. 8 L. 80,75 bz
do. do. 100 Fr. 2 M. 172,80 bz
Wien öst. Währ. 8 L. 171,85 bz
Biel. öst. Währ. 2 M. 210,90 bz
do. 100 Fr. 3 M. 209,40 bz
Wien 100 Fr. 8 L. 211,00 bz

*) Binsius der Reichs-Bank für Wechsel, für Lombard-Gf., Banffontion in Amsterdam 3, Bremen — Rhein.-Westf. Ind. — Stobwasser Lampen — Unter den Linden — Wölfert Mädelinen —

Drug und Verlag von W. Deder & Co. (S. Höfle) in Berlin.

ab Bahn bez., Feiner — M. ab Bahn bez., per Januar 172½ bis 172 bez., per Januar-Februar 172½—172 bezahlt, per Februar-März 173½—173 bez., per April-Mai 176½—175½ bez., per Mai-Juni 175½—175 bez. B. 174½, per Juni-Juli — bezahlt, Gef. 1000 Br. Regulierungspreis 172 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 137—200 nach Qualität gefordert. — Hafer vor 1000 Kilo loco 135—157 nach Qualität gefordert, Russischer 137—143 bez., Pommerscher 145—150 bez., Ost- und Westpreußischer 139—146 bezahlt, Schlesischer — bezahlt, Böhmisches — bezahlt, Galizischer — bz., per Januar — M. per April-Mai 151 Mark bez., per Mai-Juni 153—152 bez. Gef. — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochmaare 170—205 Mf., Buttermaare 157—168 Mark. — Mais per 1000 Kilo loco 146—153 bez. nach Qualität, Rumän. 152½ ab Bahn bez., Amerik. 147 ab Bahn bez. — Weizen m. h. per 100 Kilo brutto, 0: 32,50—30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0: 29,00—27,00 M. — Roggen m. h. incl. Sac. 0: 25,50—24,50 M., 0: 24,25—23,25 M., per Januar 24,15 bezahlt, per Januar — Delfsat per 1000 Kilo Winterrap 235—244 M. S.D. — bez., N.D. — bezahlt. — Rübel vor 100 Kilo loco ohne Faz. 54,3 Februar 24,15 bezahlt, per Februar-März 24,40—24,30 bez. per März-April — bezahlt, per April-Mai 24,60—24,55 bezahlt, per Mai-Juni 24,60—24,55 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bez. M. flüssig — M. mit Faz. 54,6 M. per Januar 54,6—54,5 bez., per Januar-Februar do. bez., per Februar-März — bz., per März-April — M. bezahlt, per April-Mai 56,0 Mark bez., per Mai-Juni 56,5 M. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis 54,5 M. bezahlt. — Leinöl per 100 Kilo loco 66,00 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 25,0 M. per Januar 24,2—24,3 bez., per Januar-Februar 24,2 bis 24,3 bez., per Februar-März 24,6 bez., per März-April — bez.,

per April-Mai 24,6 bezahlt. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bez. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Faz. 60,7—60,3 bez., per Januar 60,4—60,2 bez., per Januar-Februar do. bez., per März-April — bez., per April-Mai 62,2—61,9 bezahlt, per Mai-Juni 62,4—62,1 bezahlt, per Juni-Juli 63,3—62,9 bez., per Juli-August 64,1—63,8 bez., per August-September 64,5—64,2 bez. Gefündigt 50,000 Liter. Regulierungspreis 60,4 bez. (B.B.-Z.)

Stettin, 10. Januar. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. + 3° R. Barom. 28,9. Wind: NO. — Weizen niedriger, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 215—228 M. weißer 215 bis 230 M. per Frühjahr 233—232—232,5 M. bez. — Roggen matter per 1000 Kilo loco inländischer 164—169 M. Russischer 165—168 M. per Frühjahr 169 M. bez., per Mai-Juni 168,5 M. bez. — Gerste stille, per 1000 Kilo loco Brau 144—153 M., Butter — M., Cavalier 165 bis 170 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loco 132—142 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterrüben geschäftslos, per 1000 Kilo loco 215 bis 235 M., per April-Mai 250 M. Br., per September-Oktober 265 M. Br. — Winterrap 235—240 M. — Rübel geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Faz. bei Kleingefüßen, flüssiges 56,6 M. Br., per Januar 54,75 M. Br., per April-Mai 56,25 M. Br. — September-Oktober 58,4 M. Br. — Spiritus matter, per 10,000 Liter p. t. loco ohne Faz. 60 M. bez., per Januar-Februar bez., per Frühjahr 61,7—61,3—61,5 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulierungspreise: Rübel 54,75 M., Spiritus 59,4 M. — Petroleum loco 8,2—8,3 M. tr. bez. Regulierungspreis 8,2 M. tr., 12 M. verst. bez.

Heutiger Landmarc: Weizen 216—228 M., Roggen 168—174 M., Gerste 162—170 M., Hafer 143—148 M., Erbsen 165—175 M., Kartoffeln 50—57 M., Get. 2,5—3 Markt, Stroh 27—30 M. (Officie-Rtg.)

und die Haltung des gesamten Marktes war jes. Galizier und österreichische Nordwestbahn, Oberschlesische und Franzosen, Laurahütte und Diskonto-Kommandit-Antheile wurden besser bezahlt, und die Umläufe gewannen einen guten Umfang. Dagegen lagen Rumänen schwach und auch russische Anleihen waren heute unter dem Einfluss der Gerüchte über Rüstungen an der russischen Grenze gedrückt. Dagegen lagen ungarische Goldrente und österreichische Renten fest, wenn gleich still. Die gegen Vaar gehandelten Aktien fanden bei ziemlich starker Tendenz etwas mehr Beachtung als an den letzten Tagen. Auch Bank- und Industriepapiere erholteten sich um Kleinigkeiten. Anlage-

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	103,75	G	
Bf. Rhein. u. Westf.	4	38,80	bz	
Pr. B.-C.-S.-Br. v. 5	4	57,50	bz	
do. do.	100	5	100,75	bz
do. do.	115	4½	99,75	G
Pr. C.-B.-Pfdbr. fd.	4	102,75	bz	
do. unl. rüdz. 110	5	112,20	bz	
do. (1872 u. 74)	4½			
do. (1872 u. 73)	5			
(1874)	5			
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	102,00	bz	
do. do.	110	5	104,00	bz
Schles. Bod.-Cred.	5	104,00	B	
do				